



Nr. 14 - März 1981 Verantwortlich: Annerose Brouwer / Gerd Brouwer / Benno Haunhorst / Detlef Hengelbrock / Rainer Korte / Rainer Krieger / Olaf Rolf / Uwe Spille / Reinhold Thiede / Michael Wiek / Hermann Raufhake

Auflage : 100

Preis: 50 Pfg.

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Im Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telephon: (05409) 1487

## Liebe Leser!

Einen Monat später als geplant wurde diese 14. Nummer unserer ZdJ fertig. Schuld daran waren neben der nicht gerade vorbildlichen Arbeitsauffassung der Redakteure die vielfältigen Aktivitäten der Juso-AG Georgsmarienhütte in der letzten Zeit: Auseinandersetzungen um den "Fall Hansen", Mitarbeit bei der Erstellung des Kommunalwahlprogrammes usw.



«Wir haben schwerere Zeiten in unserer Jugend durchgemacht als diese Rotzungen und sind auch keine Anarchisten geworden.»

Zum Inhalt dieser Nummer:

Kern dieser Ausgabe ist die Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der SPD und der Bundesregierung; Artikel dazu auf den Seiten 10 bis 15. Gerade zu dem Inhalt dieser Artikel werden viele Leser eine andere Meinung als wir vertreten, wir bitten daher um Leserbriefe!

Um Gründe und Auswirkungen der aktuellen Jugendunruhen geht es in einem Aufsatz auf den Seiten 6 und 7. Unsere Interview-Serie setzen wir fort mit einem Gespräch mit Helmut Stahlmann, Seite 8 - 9.

Ein Thema, das uns besonders am Herz liegt ist die Diskussion um die Aufstellung eines Gedenksteins für die Opfer der Nazi-Diktatur. Ein Bericht dazu auf Seite 2.

Wir hoffen, daß uns diese ZdJ einigermaßen gelungen ist, falls nicht, erwarten wir eure Briefe (Adresse oben!). Also dann: Tsüß!



# Gedenkstein für Nazi-Opfer in G.M.Hütte?

Am 24.4.1980 brachten wir über den einzigen Juso im Rat eine Anfrage folgenden Inhalts ein:

- (1) "Sind der Verwaltung die Namen derjenigen bekannt, die aus dem Bereich der heutigen Stadt Gmhütte von den Nazis zwischen 1933 und 1945 verfolgt oder ermordet wurden?"
- (2) "Welche Möglichkeiten bestehen, diese Namen in Erfahrung zu bringen?"

Zudem wurde angeregt, "an zentraler Stelle eine Gedenktafel mit den Namen aller durch das Nazi-Regime ermordeten Personen, die aus dem Bereich der heutigen Stadt Gmhütte kamen" aufzustellen.

Die Namen waren (und sind!) der Verwaltung nicht bekannt. Ohne Widerspruch wurde zunächst beschlossen, daß die Namen seitens der Stadtverwaltung in Erfahrung gebracht werden.

In der nächsten Kulturausschuß-Sitzung am 2. Juni wurde die Frage des Nazi-Gedenksteines für die folgende Sitzung auf die Tagesordnung gebracht. Auf jener Sitzung, am 10. Juli, beschloß der Ausschuß einstimmig, sich mit der Sache weiter zu befassen. Dies geschah dann am 15. Oktober, wo der Ausschuß sich ohne Widerspruch positiv zur Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Nazi-Terrors aussprach.

Die konkrete Entscheidung sollte in der folgenden Sitzung fallen, damit die beiden Fraktionen Aufstellungsort und Aufschrift des Steines noch einmal diskutieren könnten. Die SPD-Fraktion entschied sich in einer sehr ernsten Diskussion dafür, den Stein im Ortskern aufzustellen. Die Inschrift sollte sich ausdrücklich auf die Opfer des Nazi-Regimes beziehen, nicht allgemein auf Opfer totalitärer Systeme.



"Man muß endlich einmal einen Schlußstrich ziehen und uns nicht immer wieder unsere Vergangenheit vorwerfen ..."

In der Sitzung am 10. Dezember kam dann von der CDU der Hammer: in einer äußerst ruppigen, unernsten, dem Thema in keiner Weise angemessenen Art bügelte die CDU-Fraktion den Antrag unter. Formale Begründung: mit der Krypta der Hl. Geist-Kirche hätten wir hier Gedenkstätten genug - und damit basta!

Bei dieser Diskussion ging (gewollt?) vieles durcheinander: es wurde der Sinn von Gedenkstätten angezweifelt - aber warum das gerade bei einem Gedenkstein für die Nazi-Opfer, warum nicht bei Gedenkstätten für die Kriegsgefallenen? Weiter wurde so getan, als ob ein Stein, der sich ausdrücklich auf Nazi-Opfer bezieht, einseitig sei. Aber: Ist die Gleichstellung des Nazi-Staates mit anderen totalitären Systemen, z.B. dem Stalinismus oder der heutigen DDR nicht unangebracht, da Mauer und Schießbefehl - so unmoralisch und inhuman sie auch sind - eben nicht mit der systematischen Massenvernichtung im 3. Reich zu vergleichen sind. Mit derartigen Gleichstellungen wird der Faschismus verharmlost, fast schon entschuldigt und letztlich irgendwann einmal vergessen werden!

Um nicht mißverstanden zu werden: wir unterstellen der CDU nicht, daß sie den Faschismus verteidige oder ihn nicht ablehne. Was wir ihr vorwerfen ist die Tatsache, daß diese politische Partei nicht fähig oder nicht willens (oder beides) ist, sich mit dem Faschismus als Teil der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen.

Und noch etwas: In der gleichen Sitzung, in der der Nazi-Gedenkstein abgelehnt wurde, ist eine Partnerschaft mit der israelischen Stadt Ramat Hasharom beschlossen worden. Welch ein Widerspruch! Will man Geschichte sozusagen außerhalb unseres Landes bearbeiten, indem man - wie die offizielle Politik der BRD in den 50er und 60er Jahren - besonders israel-freundlich ist? Kann man auf diese Art sein schlechtes Gewissen bewältigen?

Gehört nicht zu einer Partnerschaft mit einer Stadt in Israel die Kenntnis und das Bekenntnis zu der eigenen Vergangenheit vor Ort, hier in Gmhütte?

Ist es nicht beschämend, daß die Opfer des Nazi-Regimes in Gmhütte nicht namentlich bekannt sind?

Mit ihrem Verhalten im Kulturausschuß hat die örtliche CDU ihren Beitrag zur Verdrängung der Zeit von 1933 bis 1945 geleistet und das ist bedauerlich!



# Grün-kohl verkohl König

Hoch her ging es beim zweiten Grünkohl-essen unserer Juso-AG in der Gaststätte Heuer. Neben dem hervorragend zubereiteten grünen Kohl (was haben Jusos eigentlich mit "Grünen" und Kohl zu tun?) galt die Aufmerksamkeit in erster Linie der Ermittlung des Grünkohlkönigs.

Bei der Diskussion, wie man wohl möglichst gerecht die Entscheidung über den Titelträger fällen könnte, hatte unser Vorsitzender einen seiner brillantesten Einfälle. Derjenige, so lautete sein weiser Einwurf, der die größte Menge Kohl, Fleisch und Kartoffeln vertilgen könne, der solle König sein.

Ob der schlichten Einfachheit dieses glänzenden Einfalls, der sicherlich das Ergebnis vieler schlaflos durchwachter Nächte war, herrschte in der Juso-AG zunächst staunendes Schweigen und daran anschließend jubelnde Zustimmung. Nur das Studium der marxistischen Standardwerke, namentlich des "Kapitals", konnte die Basis dieser grandiosen Idee sein, dessen waren wir sicher. Einzig der kleine Bruder des großen Vorsitzenden unterstellte diesem profanere Gründe: in weitem Umkreis als guter Esser bekannt (nur Neider bezeichnen ihn als "Freßsack"), rechne sich unser Chef bei dem von ihm vorgeschlagenen Verfahren die größten Chancen aus, selbst Grünkohlkönig zu werden. Daß diese Unterstellung völlig aus der Luft gegriffen war, sollte sich später herausstellen.

Als sich die Zeit des großen Ereignisses näherte, erschien eine beträchtliche Zahl Jusos samt ihrem Vorsitzenden in der Juso-Stammkneipe "Heuer", das Mahl war bereitet, allein was fehlte war eine Waage, um den durch das Essen erzielten Gewichtszuwachs zu messen. Unser erfahrener Führungsmann erbot sich sogleich, seine eigene Badezimmerwaage zur Verfügung zu stellen, was den völlig unqualifizierten Zwischenruf auslöste: "Die ist sicher getürkt!" Trotz eines begründeten Verdachtes ließ sich der Rufer nicht identifizieren! Neben seiner Waage brachte unser Chef dankenswerter Weise auch einen Preis für den Sieger mit: eines jener schon erwähnten Standardwerke, damit auch der Juso-Grünkohlkönig in Zukunft mit brillianter

Einfällen glänzen könne! Dieser von Vorsitzenden gestiftete Siegespreis widerlegt im Übrigen auch eindrucksvoll die Behauptung, er selbst habe Grünkohlkönig werden wollen: schließlich hatte er das Buch ja schon gelesen!

Nacheinander wurden wir gewogen:

Beate Dröge	49,5 kg
Annerose Brouwer	58,8 kg
Michael Wiek	60,5 kg
Rainer Krieger	70,0 kg
Reinhold Thiede	72,8 kg
Uwe Spille	74,0 kg
Rainer Korte	75,0 kg
Martin Hagemann	92,0 kg
Detlef Hangelbrock	97,0 kg
Herrmann Raufhake	99,0 kg

Gerd Brouwer, Jo Korte und Klaus Hangelbrock weigerten sich standhaft, die Waage zu erklimmen, ihr Gewicht wurde daraufhin von den übrigen Jusos dem äußeren Anschein nach auf jeweils mindestens 0,1 Tonnen geschätzt.

Von dem folgenden großen Fressen soll hier nicht weiter berichtet werden, obwohl dieser wahrhaft heroische Kampf gegen die gewaltigen Grünkohl-, Fleisch- und Kartoffelberge wert wäre, für nachfolgende Generationen festgehalten worden zu sein. Betont werden soll nur, wie vorbildlich unser Vorsitzender sich nach seiner dritten Portion zurückzuhalten wußte und so den ihm schon sicheren Sieg einem anderen zu überlassen. Die hämischen Verdächtigungen gegen ihn waren also vollkommen unbegründet!

Das Ergebnis des Wiegens nach dem Essen war denn auch sensationell: Ausgerechnet unser jüngstes Mitglied, der doch eher schwächliche Michael hatte den größten Gewichtszuwachs zu verzeichnen! Hier das Ergebnis:

1. Michael Wiek	Zunahme: 1800 Gramm
2. Rainer Korte	" 1400 Gramm
3. Detlef Hangelbrock	" 1300 Gramm
4. Reinhold Thiede	" 1200 Gramm
5. Annerose Brouwer	" 700 Gramm

Königswürde und Buch gingen somit an eines unserer erst kürzlich hinzugekommenen Mitglieder, das diesen Sieg mit einer weiteren Mettwurst feierte. Respekt, Respekt!

Einstimmig haben wir übrigens beschlossen, im nächsten Jahr wiederum ein gemeinsames Essen zu veranstalten. Sollte der eine oder andere Leser Appetit bekommen haben, sollte er sich in der nächsten Zeit einfach bei uns melden, wir treffen uns jeden Freitag um 19 Uhr bei Heuer (allerdings gibt es nicht jeden Freitag Grünkohl, die Frikadellen sind aber auch ganz gut!).



# Bunker für Prominente und Reiche?

In der NOZ vom 6.2. 81 stand zu lesen, daß in Osnabrück ein Hochbunker für 1568 Menschen restauriert werde. Daneben gibt es bereits einen Bunker für 1250 Menschen, zusammen also 2818 Plätze.

Ich frage mich, bin ich verrückt geworden oder die Planer? Bei etwa 160.000 Einwohnern in Osnabrück bedeutet das Raum für genau 1,7% (in Worten: einkommastieben Prozent!) der Bevölkerung Osnabrücks. Für die Elite? Für die, die bezahlen können? Werden im Ernstfall die restlichen 98,3 % mit Waffengewalt aus den Bunkern ferngehalten? Muß man sich anmelden? Wer gehört zu denen, die in den "Genuß" der Bunkernutzung kommen? Der Bischof, Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor, die Stadträte, die Parteiführungen oder die 2818 meistverdienenden Personen in Osnabrück? Darüber sagt der Artikel nichts.

Er sagt nur noch, daß das Jugendzentrum Ostbunker eventuell geschlossen wird, um auch diesen Bunker auszubauen. So ist es richtig! Warum etwas für die heute Lebenden tun, wenn man das zukünftige

## Schach der Juso-Elite

Um dem steigenden Niveau der Gmhütter Juso-AG auch auf sportlichem Sektor Ausdruck zu verleihen, haben sich einige Mitglieder entschlossen, eine Juso-Schach-Meisterschaft auszutragen.

In je zwei Spielen "Jeder gegen Jeden" soll ein noch zu benennender Pokal (Vorschlag: "Rosa-Luxemburg-Pokal") ausgespielt werden.

Den hohen geistigen Anforderungen dieses "königlichen" Spiels stellten sich sieben Genossen, den jeweiligen Zwischenstand der Meisterschaft werden wir in der ZdJ veröffentlichen.

Die Juso-AG Gmhütte dementiert aber entschieden das Gerücht, der Sieger dieser Meisterschaft solle zum nächsten Kandidatenturnier um die Weltmeisterschaft nominiert werden, wir wollen schließlich nicht die Weltelite blamieren!

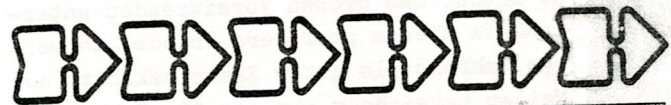
Der Stand nach 14 Spielen:

1. Detlef Hengelbrock	3 : 0
2. Gerd Brouwer	1 : 1
3. Rainer Krieger	2,5:3,5
4. Jo Korte	0,5:1,5
5. Michael Wiek	0 : 1
6. Uwe Spille	0 : 0
Rainer Korte	0 : 0

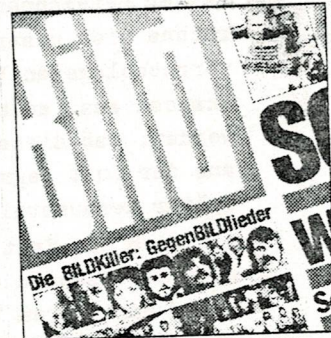
Sterben einiger Prominenter verlängern kann!

Was für eine Haltung steckt bloß bei den Verantwortlichen dahinter, für einen zukünftigen Atomkrieg Bunkerschutz zu schaffen? Meinen sie etwa, daß es wünschenswert sei, einen Atomkrieg zu überleben, lebendig tot zu sein? Geld für einen solchen Quatsch herauszuschmeißen ist zynisch und rücksichtslos gegenüber den Lebenden: den Sozialhilfeempfängern, den jugendlichen Ausländern, den Wohnungsuchenden, den Kindern in zu großen Klassen usw. usw.

Übrigens: kurze Zeit vorher war in der NOZ zu lesen, daß das Bundesfinanzministerium die Zuschüsse für einen der beiden Notarztwagen in Osnabrück im Zuge der Sparmaßnahmen gestrichen habe, Recht so! Wir schlagen vor, auch den anderen zu streichen und dafür ein paar mehr Bunkerplätze zu schaffen. Wofür brauchen wir Notarztwagen, wenn wir sogar einen Atomkrieg überstehen können?!



**Die GegenBILDplatte:** Um den Einfluß des Springer-Konzerns auf die Öffentlichkeit zurückzudrängen, müssen noch viel mehr Leute aufstehen und etwas dagegen tun. Das ist das Ziel dieser Langspielplatte. Mitwirkende: Knut Kiesewetter, Dieter Hildebrandt, Werner Schneyder, Desire, Gebrüder Engel, Lerryn, Wolf Biermann, Ina Deter, Bots, Wolfgang Niedeckens BAP, Dieter Süverkrüp.  
Langspielplatte - 2 Mark von jeder LP gehen an den Rechthilfefonds für BILD-Geschädigte.  
Nr. 2026, 16,50 Mark



Schicken wir Ihnen eigentlich schon regelmäßig unseren Katalog? Wenn nicht, dann machen Sie bitte hier ein dickes Kreuz.

Bitte einsenden an: VorwärtsLaden, Godesberger Allee 108-112, 53 Bonn 2. Ich füge bei:  1 Euro- oder Verrechnungsscheck  Ich habe eingezahlt am \_\_\_\_\_ auf Postscheckkonto Köln 281837-503

Bitte Zahlungsweg unbedingt ankreuzen! Adresse bitte deutlich und vollständig angeben! Versandkostenanteil nicht vergessen!

Expl.	Bestell-Nr.	DM	Expl.	Bestell-Nr.	DM
_____	_____	_____	_____	_____	_____
Versandkostenanteil					2,80
Gesamtpreis					_____

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_





# Linke und Disziplin

Was haben Linke, was haben Sozialdemokraten mit Disziplin im Sinn, wird sich vielleicht mancher bei dieser Überschrift fragen. Mit Disziplin im Sinne von Gehorsam, Unterwerfung, Autorität, Befehlen u.ä. sicherlich nichts!

Aber: Wir stellen in der SPD und bei den Jusos immer wieder fest, daß doch zahlreiche Genossen/innen häufig sehr unzuverlässig sind, daß insgesamt vielfach schludrig und unregelmäßig mitgearbeitet wird. Einige Beispiele:

- Versammlungen und Sitzungen wird ferngeblieben;
- Übernommene Aufgaben werden grundsätzlich nicht zu den festgelegten Terminen erfüllt; (bei uns Jusos ist das so eingerissen, daß Terminabsprachen z.B. für die Abgabe von ZdJ-Artikeln von keinem ernst genommen werden)
- Übernommene Posten und Mandate werden nicht angetreten (Paradebeispiel: die gewählten Delegierten für den Unterbezirksparteitag, von denen einige anscheinend meinen, diese Wahl sei nur ein Witz!);

## Sozis gegen Springer

Auch unter Genossen ist häufig zu beobachten, daß Zeitungen und Zeitschriften aus dem Hause Springer gelesen und bezogen werden. Über den politischen Standort, die Macht und den Einfluß des Springer-Konzerns braucht an dieser Stelle kaum ein Wort verloren werden - das ist hinreichend bekannt. Nicht bekannt ist vielleicht, daß über 100 Schriftsteller und Autoren beschloßen haben, mit Springer-Blättern in keiner Weise mehr zusammen zu arbeiten (keine Artikel mehr, keine Interviews u.ä.), um auf diese Weise gegen die unseriöse und undemokratische Art der Berichterstattung anzugehen.

Wir können hier auch im Kleinen etwas tun und keine Blätter mehr aus dem Hause Springer kaufen. SPD-Mitglieder sollten auf folgende Blätter verzichten:

- Hör Zu
- Die Welt
- Bild
- Bild am Sonntag
- Welt am Sonntag
- Hamburger Abendblatt

Denkt daran: jede Mark unterstützt und stärkt Springer und damit die reaktionäre Politik in der BRD.

Auch wenns sonntags schwerfällt - die Bundesligaergebnisse gibt es mittags im NDR II - dazu braucht man nicht Bild am Sonntag.

Sozialdemokraten für Demokratie -  
gegen Springer !

- bei entscheidenden Versammlungen und wichtigen Abstimmungen fehlen Genossen und Genossinnen (unentschuldig!).

Warum schreiben wir das in der Juso-Zeitung?

Nicht um anzuklagen, sondern um auf ein wichtiges Problem aufmerksam zu machen: Kontinuierliche, durchschlagskräftige und erfolgreiche politische Arbeit ist nur möglich, wenn sich jeder auf den anderen verlassen kann. Verlassen können bedeutet zunächst einmal, daß die entsprechenden Genossen und Genossinnen wenigstens körperlich vorhanden sind. Die Geschichte der SPD und der Linken zeigt uns, daß Erfolge nur mit Disziplin und Durchhaltevermögen zu erreichen waren!

Daß mit diesem Artikel nicht Kritik und Kritikfähigkeit madig gemacht werden soll, versteht sich von selbst - das zeigen auch die übrigen Beiträge in dieser Nummer.

Aber gerade wir Linken brauchen auch Disziplin, um Erfolg zu haben. Große Sprüche allein reichen da nicht - es muß auch gearbeitet werden!



»Da schreien sie immer: Die Zeitungsvielfalt ist in Gefahr!  
Es sind doch genug da.«



# Jugendkrawalle

In Zürich und Berlin, in Göttingen und Freiburg, in Hamburg und Amsterdam, in Groß- wie in Mittelstädten: unter der Jugend Mitteleuropas gärt es. Auseinandersetzungen zwischen jüngeren Menschen und der Polizei sind auf der Tagesordnung; Verletzte, Festnahmen und scheinbar sinnlose Zerstörungen sind die Folge. Öffentlichkeit und Politiker stehen fassungslos vor dieser Fülle von Gewalt und vor der totalen Ablehnung von Gesellschaft, Staat, Demokratie und all den Wertvorstellungen, die in dieser Gesellschaft von Bedeutung sind.

Politisch nachdenkliche Journalisten und Politiker betonen immer wieder, daß die Gewalttätigkeiten jeweils nur von kleinen Gruppen ausgingen, die Mehrheit der Demonstranten dagegen friedlich und gewaltlos protestierten.

Diese Aussagen aber - durchaus positiv gemeint - erklären nichts, sie verschleiern nur die Situation. Es bleibt die Frage, warum die Gewalttätigkeiten in jüngster Zeit in so starkem Maße zugenommen haben und warum die Gruppen, die sich vollkommen versagen, die sich "abmelden", erst in jüngster Zeit entstanden sind. Woher kommen diese krassen Verhaltensweisen, diese Aggressivität gegen alles, was offiziell, institutionell o.ä. ist?



"Solchen wie Euch hätte man damals einen Spaten in die Hand gedrückt - und das mit Recht!"

Auch und gerade, wenn bei den sogenannten Chaoten, Stadtindianern, Punkern, Rockern u.a. politische Motive nicht zu entdecken (oder nicht zu verstehen?) sind, ist zu fragen, warum verhalten sie sich so!?

Abgesehen davon, daß es keine bündigen, klaren Antworten auf diese Fragen gibt, daß die Ursachen nicht erschöpfend und erklärend zu formulieren sind, muß die Frage nach den Ursachen bei der Gesell-

schaft ansetzen. Erklärungen, die sich auf die einzelnen Personen beziehen, sind nicht sehr hilfreich, da man dann immer fragen kann, warum gab es so etwas nicht 1975 oder 1960 oder 1955? Äußere (soziale, politische) Faktoren sind zur Diskussion dieser Probleme heranzuziehen.

Wie kann jungen Menschen vermittelt werden, daß Konflikte gewaltfrei und argumentativ zu lösen sind, wenn eine kleine Gruppe von Spekulanten brutal ihre Gewinninteressen gegen die grundlegenden Wohnbedürfnisse breiter Bevölkerungskreise

"Ich wünsche mir keinen Krieg, aber für die wünsche ich mir einen!"



durchsetzen können (und dabei noch von Staat, Politikern und Polizei geschützt werden!). Eine Gesellschaft, die das Grundbedürfnis nach Wohnen wertemäßig hinter dem Eigentum einordnet, ist morsch, unglaubwürdig und kann von ihren jugendlichen Mitgliedern kaum glaubhaft Gewaltlosigkeit fordern. Der Artikel 14 des Grundgesetzes, der die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in der BRD festlegt, ist im Jahre 1981 ein geschichtliches Überbleibsel, ein frommer Wunsch, Laberei - nur nicht Realität. Wenn Eigentumsinteressen anderen Interessen gegenüberstehen, setzt sich bei uns allemal das Eigentum durch.

Wie kann man von jungen Menschen verlangen, daß sie sich an die allgemein anerkannten Regeln halten, wenn sie täglich sehen, daß sie gerade auf diesem Wege "nichts werden" können. Karriere, Erfolg, Anerkennung erlangen in unserer Gemeinschaft im allgemeinen nur diejenigen, die rücksichtslos vorgehen, eigene Interessen verfolgen und sich möglichst unsolidarisch verhalten. Erfolg hat in dieser Gesellschaft nur, wer sich "leistungsgerecht" verhält und um die Angelegenheiten und Nöte seiner Mitmenschen möglichst



## Jugendkrawalle

wenig kümmert.

Viele Jugendliche haben keinerlei Zukunftsperspektive; man mache sich das einmal klar: nicht zu wissen, ob man langfristig sozial, finanziell und beruflich abgesichert ist! Auf der anderen Seite wird allen tagtäglich suggeriert, daß sie selbst für diesen Zustand verantwortlich sind ("Wer was kann, der wird auch was"). Wenn man das schon hört: Pflicht, Leistung, Disziplin, Ordnung - diese Begriffe, die alles mögliche beinhalten, nur nicht Solidarität, werden serviert, um Orientierung zu vermitteln. Jemand der diesen Forderungen nicht nachkommen kann, wird von der Gesellschaft als Versager gesehen, was bleibt ihm anderes als sich "abzumelden", als "auszusteigen"? Anpassung ist aktuell! Freie Berufswahl - ein Witz! Recht auf Arbeit - hahaha... "Wo lassen Sie denken?"

Wie kann man von jungen Menschen Gewaltlosigkeit erwarten, wenn der Staat - bedauerlicherweise unter sozialdemokratischer Führung - sich aufrüstet, sich bis an die Zähne bewaffnet: Bundeswehr, Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, GSG 9 - die Militarisierung der Gesellschaft ist perfekt ... Man fragt sich, von wem die Gewalt eigentlich ausgeht. Mir scheint das nicht mehr so klar auszumachen zu sein.

Ein Beispiel dafür, wie militaristisch das Denken inzwischen geworden ist, zeigte der Antrag auf Verminderung des Rüstungshaushaltes durch 24 SPD-Genossen im Bundestag: diejenigen, die endlich einmal ernst machen wollten mit dem frommen Gerede von Frieden und Abrüstung, wurden



"Könnten Sie sich das unter Hitler vorstellen?"

als naiv, gutgläubig, als Helfershelfer der Russen, als unsolidarisch(!) usw. bezeichnet - ein makaberer Schauspiel, wenn man an die antimilitaristische Tradition der SPD denkt!

Man könnte in großer Ausführlichkeit die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche durchgehen (Bildungs-, Umwelt-, Verkehrs-



"Ich habe nichts gegen lange Haare, so lange sie nicht über ein gewisses Maß hinauswachsen!"

politik u.ä.), um zu zeigen, wie unglaublich diese Gesellschaft, dieser Staat im großen wie im kleinen sind.

Die Älteren, diejenigen, die heute "das Sagen" haben, sollten folgendes bedenken: Die heutigen Jugendlichen müssen später in der Welt leben, die die heute 40,50,60-jährigen durch ihre Handlungen formen. Welche Entscheidungen die heute Regierenden auch treffen, sei es in der Militär-, der Atom- oder der Umweltpolitik, die Folgen brauchen sie selbst nicht mehr zu tragen. Die Folgen müssen diejenigen tragen, über deren Köpfe hinweg heute entschieden wird: die Jugendlichen.

Man sollte sich daher nicht darüber wundern, daß es Krawalle gibt, sondern darüber, daß es nicht viel mehr Krawalle gibt und darüber, daß die große Mehrheit der Jugendlichen zur Zeit noch nicht protestiert und revoltiert.

Wenn Gesellschaft und Staat sich aber nicht grundlegend ändern, steht uns die eigentliche Jugendrevolte wahrscheinlich noch bevor!



"Ach die Alten, die wissen alles besser. Ich frage mich nur, warum die so viel Scheiße gebaut haben."



# "Frischer Wind ist notwendig!,"

ZdJ-Interview mit Helmut Stahlmann vom 13.1.81 - vom Interviewten überarbeitete Fassung.

ZdJ: Helmut, wie kamst Du zur SPD und wie war Dein politischer Werdegang?

Helmut: Ich bin 64 in die SPD in Georgsmarienhütte eingetreten und wurde noch im gleichen Jahr für die SPD in den Rat gewählt. 1968 konnten wir die Wahl in Altgeorgsmarienhütte gewinnen und ich wurde Bürgermeister bis zur Zusammenlegung im Jahre 1970. Bei den Neuwahlen zur Großgemeinde Georgsmarienhütte wurde ich dann zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt und bin seit 1976 Fraktionsvorsitzender.

ZdJ: Gab es bei Dir auch mal eine Zeit, wo Du bestimmte Entscheidungen der SPD abgelehnt hast?

Helmut: Kritische Ansatzpunkte hat es in der Tat gegeben in der Frage der Wiederaufrüstung, der Waffenlieferungen in Krisengebiete und in der Atompolitik.

ZdJ: Helmut, Du bist als Pädagoge mit Jugendlichen zusammen. Was bedeutet sozialdemokratische Jugend- und Schulpolitik auf lokaler Ebene?

Helmut: Das Ziel der Bildungspolitik der SPD ist die Gesamtschule. Ob wir diese Schulform in Gmhütte einführen können, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Sie ist Angebotsschule und damit auf eine genügende Zahl von freiwilligen Anmeldungen angewiesen, zum anderen wären sehr weitreichende organisatorische Umstrukturierungen notwendig. Vorrangig sind für uns zunächst ein erweitertes Angebot für ein freiwilliges 10. Schuljahr, weitere Einrichtungen von Schulkindergärten sowie gezielte schulische Hilfen für ausländische Schüler. Jugendpolitik kann sich vielgestaltig äußern. Ein Problem haben wir schon in der Vergangenheit zu lösen versucht, das ist die Frage des Jugendzentrums und die damit verbundene Betreuung nichtorganisierter Jugendlicher. Ich glaube, daß wir hier, nachdem wir das Jugendzentrum wieder neu eröffnet haben, auf dem richtigen Weg sind. Probleme ergeben sich beim Zusammenleben ausländischer und einheimischer Jugendlicher. Das Jugendzentrum sollte langfristig gesehen in eigener Regie geführt werden. In anderen Ortsteilen sollten Möglichkeiten, wo Jugendliche sich zwanglos treffen können, geschaffen werden.

ZdJ: Stimmengewinne der SPD hängen damit zusammen, daß man konkret und mit die Probleme vor Ort anfaßt. Welche Probleme sieht die SPD in Alt-Gmhütte?

Helmut: Probleme in AltGmhütte gibt es hinsichtlich der Geschäftsansiedlung. Wir müssen feststellen, daß sich der Schwerpunkt der Geschäftsansiedlung nach Oesede verlagert hat und daß wir alles tun sollten, um in AltGmhütte weitere attraktive Geschäfte zu bekommen. Notwendig ist die Instandsetzung vieler Straßen und Bürgersteige.

ZdJ: Die Fraktion hat jetzt bald eine Sitzungsperiode wieder rum. Was ist in den letzten vier Jahren besonders gut gelaufen?

Helmut: Die Arbeit in der Fraktion ist nicht so ganz einfach, weil sich bei verschiedenen Themen sehr gegensätzliche Gesichtspunkte zeigen. Ich habe das Amt als Fraktionsvorsitzender immer so verstanden, daß ich bemüht bin, die Gegensätze auszugleichen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Es hat bei uns keinen Fraktionszwang gegeben, weil ich die Auffassung vertrete, daß niemand gegen seinen Willen und seine Überzeugung einer Entscheidung zustimmen sollte. Ich habe daher in Kauf genommen, daß auch in öffentlichen Sitzungen die Fraktion nicht immer geschlossen abgestimmt hat. Häufig war es der Vertreter der Jusos, der sich der Fraktionsmeinung nicht anschließen konnte. Das hat mir innerparteilich Vorwürfe eingebracht. Aber die Demokratie lebt von dem lebendigen Meinungs austausch und muß auch gegensätzliche Auffassungen innerhalb einer Fraktion ertragen können. Neben der routinemäßigen Kleinarbeit hat die Fraktion in verschiedenen Klausurtagungen kommunalpolitische Probleme sehr gründlich erarbeitet. Als Ergebnis nenne ich u.a. den Radwegeplan, den Sozial- und Familienplan. Wir haben die Bezuschussung der Kindergärten neu erfaßt, auch eine Vorlage, die von der Mehrheitsfraktion übernommen wurde, und wir werden jetzt in Kürze einen Plan vorlegen, der die Bezuschussung der Jugendverbände neu regelt und hoffen auch hier, daß wir die CDU von der Richtigkeit unserer Vorstellungen überzeugen können. Das ist gut gelaufen. Es gibt natürlich auch einige Beschlüsse, denen wir nicht zustimmen konnten. Das betrifft vor allen Dingen die Ausweitung



## "Frischer Wind... .."

von Baugebieten und das Verfahren, wie neue Baugebiete erschlossen werden sollen. Wir sind auch nicht mit dem Generalverkehrsplan einverstanden. Insbesondere wenden wir uns mit Nachdruck dagegen, daß immer noch im Bebauungsplan 116 die Straße hinter der evangelischen Kirche eingetragen ist. Dieser Plan muß u.E. geändert werden. Wir haben uns mit Nachdruck dagegen gewandt, daß Baugebiete in Waldgebieten weiter ausgewiesen werden sollten.

ZdJ: Du hast Radwege- und Sozialplan der Fraktion genannt. Ich vermute, daß diese beiden Dinge der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt sind. Was kann die Fraktion noch mehr für die Öffentlichkeitsarbeit tun?

Helmut: Ich sehe dazu zwei Wege: einmal haben wir jetzt unsere GiG wieder erscheinen lassen, sodaß wir nun in der Lage sind, regelmäßig unsere Vorstellungen der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Die zweite Möglichkeit besteht in Bürgerversammlungen, die wir mit der Partei zusammen in den einzelnen Bezirken abhalten, um dort mit den Bürgern akute Probleme zu besprechen und dort auch unsere Vorstellungen deutlich zu machen.

ZdJ: Wie könnte der Kommunalwahlkampf aussehen?

Helmut: Ja, der Kommunalwahlkampf muß sehr vielseitig und auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Jedenfalls sollte er von unserer Seite hart, aber fair sein. Unser Schwerpunkt wird darin liegen, in Bürgerversammlungen, vielleicht auch Bürgerbefragungen, sowohl von der Partei als auch von der Fraktion her, unsere Vorstellungen dem Bürger nahezubringen. Wir legen sehr großen Wert darauf, daß wir im Gespräch mit dem Bürger bleiben, sodaß wir vor Ort hören, wo der Schuh drückt und was wir dort verändern und verbessern können. Für äußerst wichtig halte ich Gespräche am Arbeitsplatz und am Stammtisch, weil hier der unmittelbare Kontakt mit dem Bürger gegeben ist. Erst dann kommt für mich der Wahlkampf in Form von Broschüren und Wahlprospekten.

ZdJ: Wie ist denn Deine Einschätzung, wird die neue Fraktion stärker sein als jetzt oder vielleicht sogar die Mehrheit stellen?

Helmut: Das hoffen wir sehr. Ich bin aber nicht so vermessen, das Ergebnis der Bundestagswahl auf die Kommunalwahl zu übertragen. Das wäre sicherlich nicht richtig. Ich bin eigentlich sehr zuversichtlich, daß wir, wenn wir einen guten Wahlkampf führen, auch entsprechende Stimmgewinne erzielen werden. Ich muß aber noch ein kritisches Wort zur Kandidatenauf-

stellung sagen. Bei uns in AltGmhütte kandidiert nur ein junger Kandidat. Ich halte das für zu wenig und ich bedauere ebenso, daß es uns noch nicht gelungen ist, Frauen zu aktivieren, um in der Politik mitzumachen.

ZdJ: Die CDU haben wir bisher außen vor gelassen. Warum ist es so wichtig, die CDU abzulösen?

Helmut: Die CDU "regiert" in Gmhütte nun schon 10 Jahre, und wenn man Oesede mitrechnet, über 30 Jahre. Da wird man leicht betriebsblind, da sieht man manche Fragestellungen und manche Probleme gar nicht mehr, man fährt immer im gleichen Fahrwasser. Frischer Wind ist notwendig. Wir möchten u.a. folgendes durchsetzen: eine einkommensabhängige Bezuschussungspraxis, Priorität für Fußgänger und Radfahrer beim Straßenbau, eine die Bürger aktivierende Kulturpolitik, Stärkung des Geschäftslebens in AltGmhütte, eine bessere Betreuung gesellschaftlich-sozialer Randgruppen.

ZdJ: Die SPD hat dem Bürgermeister vorgeworfen, er würde sein Amt und sein Geschäft nicht klar genug trennen. Er hat sich damals verpflichtet, diese Trennung etwas stärker vorzunehmen. Kann man sagen, daß eine Änderung eingetreten ist?

Helmut: Das glaube ich wohl. Denn wir haben festgestellt, daß seit dieser Aktion die Stadt große Zurückhaltung bei der Vergabe von Aufträgen an den Bürgermeister an den Tag legt und wir wissen auch von Bürgern, die im Menkhausfeld bauen wollen, daß sie durchaus jetzt einen anderen Notar wählen können und nicht mehr unbedingt an Bürgermeister Siepelmeyer gebunden sind. Von dorthier würde ich sagen, ist die Aktion erfolgreich gewesen.

ZdJ: Die SPD will die Mehrheit haben und will auch den nächsten Bürgermeister stellen. Wie stehts mit Deiner Kandidatur?

Helmut: Bei der Frage, ob wir einen Spitzenkandidaten stellen sollten oder nicht, hat es sehr unterschiedliche Auffassungen gegeben. Im Augenblick ist aber die Situation wohl so, daß sich der Ortsvereinsvorstand mehrheitlich dafür ausgesprochen hat, einen Spitzenkandidaten zu benennen. Ich habe mich auch zur Verfügung gestellt. Letztendlich muß aber die Vollversammlung unserer Mitglieder darüber entscheiden, wer nun dieses Amt des Spitzenkandidaten wahrnehmen soll.



# Dokumentation: Der "Fall,, Hansen

Viel Staub hat in den vergangenen Wochen ein Artikel des SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen aufgewirbelt, in dem dieser die Bundesregierung massiv an greift. Von Zurechtweisungen bis hin zur Androhung des Parteiausschlusses reichte die Palette der Maßnahmen gegen Hansen, der öffentlich das ausgedrückt hatte, was viele in unserer Partei denken.

Wir dokumentieren hier den "Konkret"-Artikel Hansens und die einstimmig verabschiedete Stellungnahme der Juso-Unterbezirkskonferenz Osnabrück-Land:

Die Jungsozialisten im SPD-Unterbezirk Osnabrück-Land sprechen dem Genossen MdB Karl-Heinz Hansen in seiner Kritik am Verhalten von SPD-Politikern auf dem Gebiet des Waffenexportes und der Haltung zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa ihre volle Solidarität aus. Sie fordern die SPD auf, in allen Gliederungen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Äußerungen des MdB Hansen zu führen, anstatt ein Kesseltreiben gegen ihn an Formfragen zu betreiben. Die Art und Weise, wie der Genosse Hansen wegen seiner berechtigten Kritik von Partei- und Fraktionsführung diszipliniert wurde (Maßregelung in der Fraktion) oder

"Der Prozeß der Verhandlungen über die Begrenzung nuklearstrategischer Waffen - SALT - ist zügig fortzusetzen. Wir setzen uns für die umgehende Ratifizierung des SALT-II-Abkommens ein. Bei einem Scheitern von SALT II würden durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufes gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen."

(Aus: Beschlüsse des SPD-Parteitag 1979 in Berlin, Seite 20)

werden soll (Parteiordnungsverfahren), dokumentiert einen erschreckenden Mangel an innerparteilicher Demokratie.

Die Jungsozialisten gehen davon aus, daß Hansen in seinem kritisierten Beitrag für die Zeitschrift "Konkret" die Stimmung eines erheblichen Teils der Sozialdemokraten zu den genannten Themen ausgedrückt hat. Sie unterstreichen, daß sich Hansen in seiner Kritik allein auf Prinzipien und Beschlüsse der SPD bezogen hat. Sie fordern den Bezirk Niederrhein und den Unterbezirk Düsseldorf sowie die SPD-Bundestagsfraktion auf, keine Maßregelungen gegen MdB Hansen und andere Kritiker der Militärpolitik der Bundesregierung zu beschließen.

"Die SPD steht weiterhin zu den Beschlüssen des Berliner Parteitag und damit zu dem Vorrang des Verhandlungsangebots, das die Nato, verbunden mit ihrem Beschluß über die Modernisierung ihres nuklearen Mittelstreckenpotentials, gegenüber der Sowjetunion."

(Aus: SPD-Wahlprogramm 1980, Seite 13)

"Wir vertreten weiterhin eine Beschränkung der Rüstungsexporte und unterstützen alle internationalen Bemühungen um die Einschränkung des Waffenhandels."

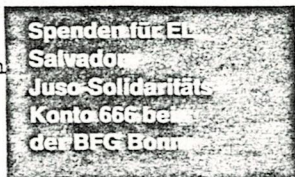
(Aus: SPD-Wahlprogramm-1980, Seite 14)

---

## Heiner auf rechten Pfaden

Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU hat bei einer Mittelamerikareise einen Gleichgesinnten entdeckt. "Menschlich, christlich und ein Freund der Armen", so nennt er Jose Napoleon Duarte, den christdemokratischen Diktator von El Salvador und sein Nonnenmörder-Regime, von dem sich die Christdemokraten im eigenen Land und in aller Welt voller Abscheu abwenden.

Geißler hat in Bonn sofort Beifall von einem Parteifreund



erhalten. CDU-Europaparlamentarier Dr. Egon Klepsch ernannte Junta-Führer Duarte per Ferndiagnose zu einem Mann mit "heißem Bestreben, Fortschritt, Demokratie und Menschenwürde zur Geltung zu bringen" - eine der Spezialitäten von Duartes Soldateska ist, schwangeren Frauen den Bauch zu öffnen und mit einem Haken das ungeborene Kind zu zerfleischen. Klepsch klagte bereits, die CDU werde wegen ihrer Parteinahme für die Junta zu Unrecht "in den Geruch von Faschistenfreundlichkeit" gebracht. Keine Sorge, das riecht nicht - das stinkt.

(aus: metall Nr. 3/11.Feb.1981)



# Kündigt den »Nachrüstungsbeschluß«?

VON KARL-HEINZ HANSEN

**W**ie lange noch will die Sozialdemokratische Partei ohnmächtig zusehen, wie ihr stellvertretender Vorsitzender, alias Bundeskanzler Schmidt, fortgesetzt gegen proklamiertes Selbstverständnis und programmierte Zielsetzung seiner Partei handelt?

Wie groß muß die Zahl der politisch bewußten Demokraten werden, die sich nach dem 5. Oktober 1980 durch die Praxis der mit ihrer Hilfe wieder regierenden Sozialdemokraten getauscht sehen, damit was geschieht?

Hat die Fixierung auf parlamentarische Mehrheiten und bloße Machterhaltung schon so ansteckend gewirkt, daß die Partei dafür den Preis gesellschaftlicher Wirkungslosigkeit zu bezahlen bereit ist?

Sind die an CSU-Diktation erinnernden Kanzlerankündigungen von »Frühe der Wohlfahrt« und vom Anlang notwendiger sozialpolitischer »Grußamkeiten« schon übergegangen in geschichtliche Schwereheret?

Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik ist dieser Eindrucks- und Partei-Hinterdem Rücken von Fraktion und Partei hat der Bundessicherheitsrat unter Führung von Helmut Schmidt einem U-Boot-Geschäft mit Chiles »Mörderbande« zugestimmt. Diese Entscheidung läßt nicht nur jedes Maß an Sensibilität, ein Minimum an politischer Moral, deren sich Sozialdemokraten gegenüber Christdemokraten in der Vergangenheit so gerne rühmten, vermissen: Das Argument, ein solches Geschäft sei notwendig zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in bundeseigenen Werften, ist mehr als pragmatischer Zynismus. Ist blanker Hohn gegenüber dem jahrelang wiederholt bekundeten Verlangen von SPD-Basis und -Vorstand nach gerichteten strukturellen Maßnahmen zur Sicherung von Beschäftigung, vor allem auch in der Rüstungsindustrie, und nach verschärften Restriktionen in der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung.

Seit langem ist unbestritten, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie unsicher sind, weil sie den Schwankungen militärischen Bedarfs unterliegen. Daß sie langfri-

stig zivile Arbeitsplätze in größerer Zahl zerstören, weil jede Mark, die in der Welt — zunehmend von Entwicklungsändern — für Waffen ausgegeben wird, zum Einkauf hochwertiger Investitionsgüter bei uns fehlt, auf deren Export die Bundesrepublik aber so dringend angewiesen ist. Daß sie ruinös sind, weil sie wertvolle Rohstoffe in überflüssigen Schrott umwandeln, stattdessen wirtschaftlich produktive Güter und Werte zu schaffen. Daß sie — neben der Vergrößerung des Nord-Süd-Getälles — mit wachsender Zahl Exportabhängigkeit erzeugen und durch den Exportzwang von Waffen außenpolitischen Handlungsspielraum einengen.



**SPD-MdB Karl-Heinz Hansen, Mitglied des Verteidigungsausschusses**

Trotz dieser Tatsachen hat die Regierung in den vergangenen Jahren keine Spur von Bereitwilligkeit gezeigt, die vielen Parteitagsbeschlüsse zur strukturellen Diversifikation in Regionen und Unternehmen, zur »Umsetzung von Rüstungskapazitäten in zivile Fertigungs- und Forschungskapazitäten« (Partei-Vorstand) auf ihre Verwirklichungsmöglichkeit auch nur zu prüfen. Bei soviel Versäumnissen und eigenem Versagen

kann niemand guten politischen Gewissens Waffeneporte mit Arbeitsplatzargumenten rechtfertigen oder mit angeblichen außenpolitischen Zwängen von offenkundigen Unwillen und offensichtlicher Unfähigkeit zu einer Politik der Moral und, zugleich, Vernunft ableiten.

Politische Zwänge werden erneut herhalten müssen, wenn der Bundeskanzler in offenen Konflikt zum eindeutigen Willen seiner Partei gerät. Zur »Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung« der rohstoffarmen Bundesrepublik sind wir angeblich darauf angewiesen, uns das Wohlwollen arabischer Länder im Nahen Osten zu erkaufen, obwohl das schon beim Schätz nicht so richtig klappte. Als besonderen Liebesbeweis sind einige hundert Leopard 2-Panzer zur Lieferung an Saudi-Arabien vorgesehen, die von der Bundeswehr nun nicht mehr benötigt werden. Wenn dieses Waffengeschäft, das Helmut Schmidt zum Frohlocken von Krauss-Mafia schon vor dem 5. Oktober 1979 den Saudis heimlich versprochen haben soll, wirklich durchgeht, ist die letzte Barriere der Selbstbeschränkung der Bundesregierung im Rüstungsexport gefallen: Auch »Spannungsgelbete« wären kein Hindernisgrund mehr für Waffengeschäfte mit aller Welt. Im hemmungslosen Rüstungsexport könnten wir uns dann mit Frankreich in sportlicher Konkurrenz messen. Wir wären nicht mehr nur mitschuldig für die Hungerrotten in der Sahelzone, sondern direkt mitverantwortlich für die mit deutschen Waffen Getöteten.

Wer die Untergrenze der Selbstachtung als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Bundestagsfraktion nicht unterschreiten will, muß über seinen klaren prinzipiellen Widerspruch zu einer derart parteifremden Politik hinaus konkreten Widerstand leisten. Der muß den Kanzler beim Wort nehmen und fragen, ob wir unser Einleben und Tod aufrechnen wollen. Der muß eine Wende in der bundesrepublikanischen Außen- und Sicherheitspolitik herbeiführen helfen, ehe sie endgültig der neuen US-amerikanischen militärischen Überl-

heidoktrin Reagans zum Opfer gefallenen ist. Das bedeutet hier und jetzt:

! Sofortiger Stopp der blödsinnigen 3-Prozent-Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, die der Kanzler sich selbst bestellt hat und die zur Verteidigungsfähigkeit nichts beiträgt;

! Insbesondere Reduzierung des Rüstungshaushaltes 1981 um eine Milliarde zugunsten einer Soforthilfe für die 30 ärmsten Länder der Erde, darunter z. B. Uganda;

! Kündigung des »Nachrüstungsbeschlusses« vom 12. Dezember 1979 (Mit-Urheber und aktiver Förderer: Helmut Schmidt), weil in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben sind: Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch die USA und erfolgversprechende Abrüstungssprache zwischen Washington und Moskau;

! Istattdessen Einberufung einer gesamt-europäischen Konferenz, auf der konkrete Schritte zur Abrüstung und für eine europäische atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone erarbeitet werden.

Nur wenn Sozialdemokraten innenpolitisch wie außenpolitisch wieder sichtbar etwas tun für mehr soziale Gerechtigkeit und tatsächlich Solidarität mit den Schwachen praktizieren, statt nur davon zu reden, gibt es eine Rechtfertigung für ihre Beteiligung an der Regierung dieser Republik, gibt es eine Chance, Reste von Glaubwürdigkeit zu retten. Wenn die jahrelange Verwaltung von Politik die SPD dazu aber bereits unfähig gemacht hat, wird sich nicht nur die Jugend zu Recht von ihr abwenden. Das verlorene Vertrauen kann dann auch ein neuer jugendbeweger Geschäftsführer mit der Kenntnis von Jargon und Stammesritualen Berliner Universitäten nicht wieder zurückgewinnen. Das »kleinere Übel« wäre zu weit geföhren, um noch so verhaltene Hoffnungen zu wecken.

Merke: Nicht geschene Taten lösen oft einen katastrophalen Mangel an Folgen aus (Stanislas Lec).



# Was ist los mit der SPD?

Mogelpackungen sind seit einigen Jahren der Knüller der Konsumgüterindustrie, in aufwendiger bunter Verpackung wird eine Ware verkauft, die mit den Bildern auf der Packung nur wenig gemein hat. Mit der tollen Verpackung wird der Kunde über den banalen Inhalt getäuscht.

Die Politik, die seit der letzten Bundestagswahl in Bonn betrieben wird, ist mit einer Mogelpackung durchaus zu vergleichen. Da wird eine typisch konservative, unternehmerfreundliche Politik, wie sie die CDU kaum besser machen könnte, als "sozialdemokratisch" oder "liberal" ausgegeben. Da werden Grundsätze sozialliberaler Politik seit 1969 derart leichtfertig über Bord geworfen, daß man sich allen Ernstes fragt, ob eigentlich Strauss oder Schmidt die Wahl gewonnen hat. Ein paar Beispiele:

(1)

Die Krise, in die unser angeblich so vorteilhaftes Wirtschaftssystem wieder einmal geraten ist, hat uns zum Jahresbeginn über 1 300 000 Arbeitslose beschert, für 1981 wird man bei optimistischer Betrachtung ca. 1,5 Millionen im Jahresdurchschnitt erwarten müssen!

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik seit 1969, seit Karl Schiller, versuchte die Auswirkungen von Rezessionen - insbesondere Massenarbeitslosigkeit - zu mildern und einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung anzuregen. Dazu sind staatliche Konjunkturprogramme nötig, d.h. eine Ausweitung der Staatsausgaben, sei es durch Vergabe von Staatsaufträgen, Erhöhung von staatlichen Leistungen an die Bürger, Investitionszulagen o.ä.

In der augenblicklichen Krise ist aber alles ganz anders. Von Programmen zur Ankurbelung der Konjunktur, wie von den Gewerkschaften gefordert, will die Regierung nichts wissen, nein sie kürzt sogar die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, so daß ABM-Stellen (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) der Arbeitsämter gestrichen werden müssen.

Die Sparpolitik, die augenblicklich in Bonn betrieben wird, läßt keine staatlichen Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu. Wenn nun der sozialdemokratische Bundesbankpräsident Pöhl noch die Zinssätze erhöht, wird ein wirtschaftlicher Aufschwung vollends unmöglich.

(2)

Von den rigorosen Sparmaßnahmen weitgehend ausgenommen bleibt aber der Militär-etat. Am gleichen Tag, an dem die Kürzung der Ausgaben für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bekanntgegeben wurde, erhielt die Bundeswehr zusätzlich zum normalen Haushalt noch 700 Millionen DM für ihren Pleite-Jäger "Tornado", allen Sparparolen zum Trotz! Überhaupt scheint die Bundeswehr immer mehr zum Lieblingskind der SPD-FDP-Regierung zu werden. Mitte der 70er Jahre war unsere Partei noch stolz darauf, einen "Nichtgedienten", einen eingefleischten Zivilisten zum Verteidigungsminister gemacht zu haben, heute befiehlt eben dieser Minister öffentliche Gelöbnisse, die in Form und Inhalt im Preussen Friedrich's des Großen eine Berechtigung gehabt haben mögen, heute aber nur noch bedeutungsloses Militärspektakel sind. Da spricht der gleiche Minister von der Gefahr eines "um sich greifenden Pazifismus" unter den Jugendlichen in der Bundesrepublik, gerade so, als ob es etwas Schlechtes wäre, wenn junge Menschen Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung ablehnten. "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigert", heißt es im Godesberger Programm der SPD, soll das etwa nicht mehr gelten?

(3)

Auch aussenpolitisch gilt der neue Kurs: Waffenexporte in Länder der Dritten Welt, bisher wenigstens schamhaft mit dem Mäntelchen des Schweigens zugedeckt, werden jetzt keck öffentlich verkündet. Daß dann sogar für Pinochet rechtes Mörderregime zwei U-Boote abfallen sollten, kann in Nachhinein nicht mehr verwundern. Ist Moral in unserer Regierung nicht mehr gefragt? Merken die Macher in Bonn eigentlich nicht, wie ungläubwürdig sie sich machen, wenn sie vor der Wahl Strauss wegen seiner Kontakte zur chilenischen Folter-Junta angreifen und nach der Wahl den gleichen "Herren" Waffen liefern?

Um einem Einwand zuvorzukommen: der Hinweis darauf, daß diese U-Boote ja schließlich Arbeitsplätze sichern, ist ebenso überflüssig wie falsch. Arbeitsplätze können nicht alle moralischen Prinzi-



## Was ist los mit der SPD?

prien der Politik ersetzen. Außerdem werden die Arbeitsplätze nicht von denen gefährdet, die das Chile-Geschäft ablehnen, sondern von den Managern in den Konzernspitzen der Werftindustrie, die entgegen allen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ihre Produktion derartig einseitig auf ein paar militärische Güter konzentriert haben. Diese Manager haben ja schließlich gewußt, daß sie keine U-Boote in Spannungsgebiete liefern dürfen, wenn sie trotzdem Verträge mit Chile abschließen, so sind sie auch für die Folgen verantwortlich! Die Regierung darf nicht mit dem Argument "Arbeitsplätze" erpressbar werden!

Auch in der Entspannungspolitik, zehn Jahre lang Paradedepferd sozialdemokratischer Politik, ist eine Änderung zu bemerken. Da hält die Bundesregierung starr an dem Teil des "Nach"rüstungs-Doppelbeschlusses fest, der die Stationierung neuer Atomraketen vorsieht, ohne daß der zweite Teil des Beschlusses, der Verhandlungen mit den Russen fordert, von den NATO-Militärs oder Präsident Reagen überhaupt ernstlich angestrebt wird.

Es ist überhaupt erstaunlich zu sehen, wie wie unsere Regierungsspitzen um den reaktionären neuen amerikanischen Präsidenten buhlen, der ganz offen zugibt, daß er ein militärisches Übergewicht der USA anstrebt und rechte Diktatoren in ihrem Kampf gegen die eigene Bevölkerung unterstützen will. Als dieser Präsident jetzt seinen Rechts-Aussen, den ehemaligen

NATO-Kommandeur Haig zum Aussenminister machte, war unsere Bonner Führung denn auch, genau wie die CDU des Lobes voll!

(4)

Viele andere Punkte wären noch zu nennen: das Verhalten in der Frage der Montanmitbestimmung; die skandalöse Wohnungsbaupolitik, die dazu führt, daß ganze Wohnblöcke leerstehen und verkommen, damit später gewinnträchtige Bürohäuser an ihrer Stelle entstehen können; das Festhalten an einer wahnwitzigen Atomenergiepolitik aus den 60er Jahren, die zwar der Energiewirtschaft zu traumhaften Gewinnen verhilft, für die Energieversorgung aber gar nicht mehr nötig erscheint; die Finanzskandale sozialliberaler Spitzenpolitiker in Berlin (und nicht nur dort).

Vor der Bundestagswahl haben wir Gmhütter Jungsozialisten alle Jungwähler in einem Brief aufgefordert, trotz aller Bedenken doch SPD zu wählen, weil bei einer Strauss-Regierung alles noch schlimmer werden würde. Heute, 5 Monate nach der Wahl könnte man kaum noch einen Punkt nennen, in dem die Koalitionspolitik von dem Programm des dicken Bayern abweicht.

Die augenblickliche Regierungspolitik gleicht einer Mogelpackung: In der sozialliberalen Verpackung wird uns eine konservative, unternehmerfreundliche, CDU-ähnliche Politik verkauft.

Gegen Mogelpackungen in Supermärkten gehen die Verbraucherverbände vor - diese politische Mogelpackung in Bonn müssen wir selbst, alle Mitglieder unserer Partei gemeinsam, ändern!

## ZdJ abonnieren !!

Leider haben wir bislang erst sehr wenige Abonnenten für die ZdJ gefunden.

Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist!

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM     im Jahr, ab Nr. 15

N a m e: .....

Strasse: .....

Ort: .....

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

+ ) Mindestbetrag pro Jahr DM 5,-!

## Wolf Biermann Ermutigung

Du, laß dich nicht verhärten  
In dieser harten Zeit  
Die all zu hart sind, brechen  
Die all zu spitz sind, stechen  
Und brechen ab sogleich  
Du, laß dich nicht verbittern  
In dieser bitteren Zeit  
Die Herrschenden erzittern  
- sitzt du erst hinter Gittern -  
Doch nicht vor deinem Leid  
Du, laß dich nicht erschrecken  
In dieser Schreckenszeit  
Das wolln sie doch bezwecken  
Daß wir die Waffen strecken  
Schon vor dem großen Streit  
Du, laß dich nicht verbrauchen  
Gebrauche deine Zeit  
Du kannst nicht untertauchen  
Du brauchst uns, und wir brauchen  
Grad deine Heiterkeit  
Wir wolln es nicht verschweigen  
In dieser Schweigezeit  
Das Grün bricht aus den Zweigen  
Wir wolln das allen zeigen  
Dann wissen sie Bescheid



# Leoparden in die Wüste?

Sozialdemokratische Grundsätze hat die Bonner Regierung in den vergangenen Monaten in so reichem Maße über Bord geworfen, daß man sich fragt, ob die "sozialliberale" Regierungsmannschaft eigentlich ausschließlich aus FDP-Leuten besteht. Was die liberale Wochenzeitung "DIE ZEIT" von den beabsichtigten Waffenexporten hält, beschrieb sie am 16. Januar. Wir bringen Auszüge:

Mitte der siebziger Jahre bestellte der Schah von Persien in der Bundesrepublik ein halbes Dutzend U-Boote zum Stückpreis von 200 Millionen Mark. Anzahlungen wurden geleistet, die ersten Rümpfe in deutschen Werften auf Kiel gelegt, da jagte Chomeinis Revolution den Pahlevi-Kaiser aus dem Lande. Seitdem werden Käufer für die sechs Unterseeboote gesucht. Indien interessierte sich für drei oder vier. Zwei wurden vor einigen Monaten klammheimlich dem chilenischen Diktator Pinochet zugeschlagen. Sobald der Handel ruchbar wurde, gab es Aufruhr bei den Sozialdemokraten. Er hatte sich noch nicht gelegt, als der Bericht neue Verstärkung anrichtete, Saudi-Arabien wolle Leopard-Panzer kaufen. Unversehens beginnt das politische Jahr



Schlechtes Gewissen, schlecht getarnt

in Bonn mit einer brisanten Debatte über den Rüstungsexport der Bundesrepublik.

Vor elf Jahren war die sozial-liberale Koalition mit dem löblichen Vorsatz angetreten, der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern Schranken zu setzen. Der damalige Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt, den der bis dahin praktizierte Waffenhandel mitsamt seinem anrühmigen Drum und Dran anwiderte, riet zur Abstinenz: "Die Bundesregierung ist an privaten Rüstungsgeschäften und privaten Rüstungsexporten nicht interessiert." (...)

Lassen wir ruhig die Moral beiseite. Es gibt genug handfeste Argumente gegen die Auflockerung der Exportpraktiken auf dem Rüstungssektor.

Erstens: Unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung bliebe der Effekt begrenzt; allenfalls ließe sich gewissen Auslastungsschwankungen entgegenwirken. Obendrein: Wenn die Produktionskapazitäten erst einmal da sind, müssen sie in Gang gehalten werden. Dann gibt es keine Freunde oder Feinde mehr, sondern nur noch gute oder schlechte Kunden.

Zweitens: Viele Waffen werden ausgerechnet in jene Bebenzonen geliefert, in denen es in den letzten dreißig Jahren die meisten Konflikte, Kriege, Puttsche und Unruhen gegeben hat: die labile Dritte Welt. Mitte der sechziger Jahre entfielen 35 Prozent aller Waffenimporte auf sie; mittlerweile sind es fast 75 Prozent. Wir schütten damit Pulver in Fässer, an denen die Lunte schon glimmt.

Drittens: Willy Brandt hat in dem Bericht seiner Nord-Süd-Kommission beklagt, daß gerade die armen Entwicklungsländer immer mehr Geld für importierte Rüstungsgüter ausgeben - Geld, das sie nicht haben oder auf Kosten ihrer friedlichen Entwicklung abzugeben müssen. Der Bundeskanzler verkündete 1978 vor der UN-Vollversammlung: "Die Regelung des internationalen Rüstungstransfers muß bei unseren Bemühungen um Rüstungsbegrenzung einen wichtigen Rang bekommen." Außenminister Genscher fiel 1980 in den Kanon ein: "Wir dürfen nicht zusehen, wenn Waffen in Entwicklungsländer gepumpt werden, die nicht Kanonen brauchen, sondern Schulen und Krankenhäuser, Traktoren und Drehbänke". In Wahrheit sehen wir freilich nicht bloß zu - wir pumpen fleißig mit. Der Preis der beiden U-Boote zum Beispiel, die wir an Kolumbien geliefert haben, entspricht ziemlich genau der Summe unserer Entwicklungshilfe an den südamerikanischen Staat. Die Waffenkäufe der Dritten Welt belaufen sich auf zwei Drittel der Entwicklungsgelder, die sie von den Industrieländern erhalten. An diesem Irrsinn noch länger mitzuwirken, sollten wir uns versagen. Da wäre es in der Tat besser und billiger, den Kieler Werftarbeitern und den Panzerbauern von Krauss-Maffei bis an ihr Lebensende eine Ministerialratsrente auszusetzen. (...)



**Sozialdemokraten  
appellieren an den  
SPD-Parteivorstand,  
die SPD-Bundestags-  
fraktion, den  
SPD-Bundeskanzler:**

## Mut für eine bessere Zukunft

**Z**u Beginn der siebziger Jahre haben wir große Erwartungen in die Friedens- und Entspannungspolitik unserer Partei gesetzt. Sie zog eine Serie positiver Ergebnisse (menschliche Erleichterungen, Vertragspolitik, sichere Arbeitsplätze durch Osthandel) nach sich, die niemand leugnen kann und die auch einen großen Vertrauensgewinn für unsere Partei in der Bevölkerung gebracht haben. Dies spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen wider, und viele, vor allem aktive, junge Genosseninnen und Genossen wurden gewonnen. Beides, das Vertrauen und der sichtbare Fortschritt, stehen jetzt auf dem Spiel.

Vor einem Jahr, am 12. Dezember 1979, wurde der Brüsseler NATO-Raketenbeschluß gefaßt. Inzwischen wird immer klarer, daß es sich dabei um eine verhängnisvolle Fehlentscheidung gehandelt hat. Die erwartete Ratifizierung des SALT-II-Abkommens durch das amerikanische Parlament war für den SPD-Bundesparteitag in Westberlin und die Bundesregierung die Voraussetzung für die Zustimmung zu diesem Beschluß. In seinen öffentlichen Erklärungen versicherte Helmut Schmidt, daß seine Regierung die Zeit von der Annahme des Beschlusses bis zur Stationierung der neuartigen amerikanischen Mittelstreckenraketen im Jahre 1983 zu Verhandlungen über die Begrenzung des nuklearstrategischen Potentials in Europa nutzen wolle, um zu einem militärischen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu gelangen. Er betonte ferner den »Doppelcharakter« des Beschlusses und verwies auf den Vorrang des darin enthaltenen Verhandlungsangebotes. Zu ernstzunehmenden Verhandlungen kam es bisher jedoch nicht. Stattdessen werden alle Vorbereitungen getroffen, die neuen Waffensysteme einzuführen und vollzogene Tatsachen zu schaffen.

Diese Entwicklung widerspricht dem eindeutigen Willen des SPD-Bundesparteitages. Die Parteimitglieder müssen sich getäuscht fühlen, und die SPD ist in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu verlieren.

Kommt es nicht alsbald zu Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen, so

wird eine neue Runde des Wettrüstens einsetzen, in deren Zentrum Europa steht. Die »Sicherheit für Deutschland« wäre mehr denn je in Gefahr. Wir würden unsere Zukunft einer amerikanischen Entscheidung ausliefern, die beinhaltet, daß ein auf Europa begrenzter Atomkrieg führbar ist.

Für die USA übernimmt jetzt ein Präsident die Regierungsgeschäfte, dessen erklärtes Ziel die weitere Aufrüstung ist und der das SALT-II-Abkommen als gegenstandslos betrachtet.

Der ungehinderte Fortgang des Wettrüstens bringt auch für die Bundesrepublik, insbesondere für die Arbeitnehmerschaft, Belastungen, wie man sie sich bisher nicht vorstellen konnte. Das zeigen die Schwierigkeiten bei der Abfassung des neuen Regierungsprogramms. In wichtigen sozialen Bereichen wurde spürbar der Rotstift angesetzt. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die sozialen Schwierigkeiten — das wird immer klarer — haben ihre Ursache im wesentlichen im ständigen Wettüsten. Die Forderungen u.a. der USA nach erheblichen realen Zuwachsraten des Verteidigungshaushaltes und die 3 %-Vereinbarung der NATO sind nicht akzeptabel.

Die entscheidenden Kräfte in der Koalition müssen endlich notwendige Abstriche im Rüstungssektor vornehmen und nicht den Sozialabbau vorantreiben.

Auch die wirtschaftlich starke und industriell hochentwickelte Bundesrepublik kann sich eben nicht unbegrenzt Kanonen und Butter leisten.

Gerade zu einem Zeitpunkt, da eine Neuorientierung der Sicherheitspolitik dringlich ist (mit dem Anspruch auf Gewährleistung der sozialen Sicherheit und der inneren Stabilität), beschwört die Politik von Hans Apel durch militärische Demonstrationen, Paraden, Ordensverleihungen und öffentliche Gelöbnisse den Ungeist des Militarismus herauf und schafft ein psychologisches Klima, das auch die Soldaten der Bundeswehr einer nicht verantwortbaren Belastung aussetzt.

Aus all diesen Gründen erscheint es uns als dringend notwendig, zur ursprünglichen Absicht der Entspannungspolitik vor zehn Jahren zurückzufinden und ein Zeichen zur Umkehr zu setzen. Wir Sozialdemokraten sind durch die Geschichte unserer Partei und unseres Volkes besonders verpflichtet, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Deshalb fordern wir den Parteivorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß

- ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);
- die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird;
- die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;
- keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;

- der Rüstungsetat zugunsten sozialer Investitionen gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischen Aufwand);
- schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird.

Helmut Schmidt hat sein Regierungsprogramm unter die Devise »Mut zur Zukunft« gestellt. Vielleicht hofft er auf diese Weise, die freiwillige Zustimmung der Parteimitglieder und der sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmer zu gewinnen für ein Konzept, das zutreffender ein Programm des Schweißes und der Tränen genannt werden müßte.

Mit unserem Aufruf wollen wir den Mut für eine *bessere* Zukunft mobilisieren, nicht für eine Utopie, sondern für eine Politik, die vor zehn Jahren erfolgversprechend begann mit dem Wagnis zu mehr Demokratie und dem friedlichen Ausgleich mit dem Osten. Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren wollen und dafür keinen anderen Weg wissen, als die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die UdSSR auszubauen. Unter Mut zur Zukunft verstehen wir die Ablehnung der amerikanischen Zustimmung und das Wagnis zur Abrüstung und zum friedlichen Wettbewerb der Systeme. Angesichts der bereits bestehenden riesigen Vernichtungspotentiale wissen wir nicht, was wir dabei verlieren können.

Jedenfalls haben wir den Kampf gegen Strauß nicht geführt und gewonnen, damit die sozialdemokratische Bundesregierung in den Sog der Politik eines Ronald Reagan gerät.

Wir wollen eine *wirkliche* Friedenspolitik.

**Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören:**

Heinrich Albertz; Gert Bastian; Gert Börnsen; Manfred Coppik; Bernt Engelmann; Hermann L. Gremliza; Karl-Heinz Hansen; Rudolf Hartung; Dieter Hildebrandt; HaJo Hoffmann; Günter Jansen; Walter Jens; Emil Küchenhoff; Dieter Lattmann; Marie Marcks; Erich Meinike; Willi Piecyk; Heide Simonis; Gerhard Steidl; Klaus Thüsing.

**Ich unterstütze als Mitglied der SPD den Appell »Mut für eine bessere Zukunft. Für eine wirkliche Friedenspolitik.«**

Name

Vorname

Anschrift

Funktion

Unterschrift

Einsenden an  
Neuer Konkret Verlag  
Rentzelstraße 7  
2000 Hamburg 13



# Das Kabinett der Millionäre

Als Ronald Reagan sein Kabinett aussuchte, achtete er auf eines ganz besonders: Karrieremacher sollten nicht dabei sein. "Alle", sagt Reagan auch heute noch ganz stolz, verdienen in ihrem Ministersessel weniger als vorher, alle haben finanziell ordentlich zurückgesteckt."

Das ist zwar nicht gelogen, sagt aber auch nicht die ganze Wahrheit, denn Reagans Silberzunge hat dies verschwiegen: Seine Kabinettsmitglieder arbeiten nicht für lumpige 69 630 Dollar im Jahr, weil sie so selbstlos und patriotisch sind, sondern weil sie sich leisten können. Im Reagan-Kabinett sind acht der 13 Top-Minister Millionäre, und hätten sie je Handvoll Dollar mehr, kämen drei weitere dazu.

In den bisherigen 39 US-Regierungen waren die Minister zwar selten arme Leute, aber was die Republikaner heute an ihrer Spitze haben, gilt als eines der reichsten Kabinette der amerikanischen Geschichte. Weil in der USA nach Watergate ein Gesetz verfaßt wurde, das Regierungsangestellte mit einem Einkommen von mehr als 50000 \$ Dollar im Jahr zur Offenlegung ihrer Finanzen zwingt (einmal im Jahr), mußten Ende Januar auch die Reagan-Minister Einblick in ihre Finanzlage gewähren. Die Zahlen sprechen für sich:

- 1) Caspar Weinberger, Verteidigungsminister: Jahreseinkommen 1980: 1.150.000 Dollar - Vermögenswerte wie Aktien oder Grundbesitz: 1.312.000 - Verbindlichkeiten: 275.000 Dollar;
- 2) Alexander Haig, Außenminister: Einkommen 1980: 975.000 - Vermögen: 3.300 - Verbindlichkeiten: 50.000 Dollar;
- 3) Donald Regan, Finanzminister: Einkommen



Interpol fahndet

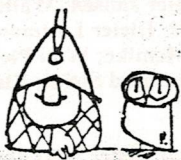
tz, München

1980: 724.000 - Vermögen: 2.448.000 - Verbindlichkeiten: 315.000 Dollar;

- 4) William French Smith, Justizminister: Einkommen 1980: 630.000 - Vermögen: 2.362.000 - Verbindlichkeiten: 80.000 Dollar;
- 5) Malcolm Baldrige, Handelsminister: Einkommen 1980: 479.000 - Vermögen 1.427.000 - Verbindlichkeiten: 715.000 Dollar;
- 6) Raymond Donovan, Arbeitsminister: Einkommen 1980: 779.000 - Vermögen: 2.375.000 - Verbindlichkeiten: 1.215.000 Dollar;
- 7) John Block, Landwirtschaftsminister: Einkommen 1980: 168.000 - Vermögen: 3.271.000 - Verbindlichkeiten: 5.145.000 Dollar;
- 8) Drew Lewis, Verkehrsminister: Einkommen 1980: 578.000 - Vermögen: 1.631.000 - Verbindlichkeiten: 830.000 Dollar.

Wie sagte der amerikanische Präsident Coolidge 1924 doch so schön ... "American business is business". Je bigger, desto besser

aus "Metall,,



Wolfgang Ebert

## Filmbild und Feindbild

Das Weltbild des Ronald Reagan:  
Die Welt ist gut oder böse.  
Pferde sind gut.  
Pferdediebe sind böse.  
Russen sind böse.  
Perser sind abgrundtief böse.  
Amerikaner sind gut.  
Deutsche waren früher böse.  
Deutsche sind wieder gut, aber nur ohne Ostpolitik.  
Gott ist gut.  
Die Russen sind des Teufels.  
Auch die Japaner waren mal böse.  
Jetzt sind sie wieder gut.  
Nur der japanische Export ist nicht gut.  
Frankieboy ist ein guter Kerl.  
Las Vegas ist eine schöne Stadt.  
Falschspieler sind böse.  
Russen lügen und betrügen.  
John Wayne war gut.  
Alle Geiseln waren Helden.  
Alle Geiseln waren Amerikaner.

Alle Amerikaner sind Helden.  
Amerikanische Raketen sind gut.  
Sowjetische Raketen sind böse.  
Die Europäer sollten mehr.  
Die Russen sollten weniger.  
Der Kommunismus ist das Böse an sich.  
Die Chinesen in Taiwan sind gut.  
Die Chinesen in Peking sind sowohl als auch.  
Hohe Staatsausgaben sind schlecht.  
Hohe Rüstungsausgaben sind gut.  
Die Reichen sollen weniger Steuern zahlen.  
Die Armen weniger Unterstützung bekommen.  
Die Arbeitslosen mehr arbeiten.  
Die Junta in San Salvador ist gut für Amerika.  
Südkorea ist gut für Amerika.

Was gut ist für Amerika, ist auch gut für General Motors.  
Südkoreas Diktator ist ein feiner Kerl.  
Afghanistan liegt bei Amerika.  
Cuba liegt bei Afghanistan.  
Batista war ein feiner Kerl.  
Die Vereinten Nationen sind schlecht.  
Entwicklungshilfe ist schlecht.  
Hollywood war und ist gut.  
Frieden ist besser als Krieg.  
Aber Krieg ist besser als Kommunismus.  
Indianer waren böse.  
Indianer sind nicht mehr böse.  
Gott liebt Amerika.  
Jeder richtige Kerl braucht eine Ranch.  
Botschafts-Bürokraten sind gut.  
MX-Raketen sind die besten.  
South Bronx ist schlecht.  
Aber wer wohnt schon in South Bronx?